

Deutschlands Innere Sicherheit

Von Arne Schönbohm, München

Auch die neue Bundesregierung hat sich mit den zahlreichen Fragen rund um die Innere Sicherheit auseinanderzusetzen. Doch im Koalitionsvertrag findet sich – abgesehen vom Thema Datenschutz – wenig Konkretes. Es soll daher zunächst einmal die derzeitige Gefährdungslage dargestellt werden, um dann auf verschiedenste Optimierungen hinzuweisen, die beispielsweise in einer zunehmenden Vernetzung der sicherheitskritischen Infrastrukturen mit den privaten Sicherheitsfirmen bzw. den BOS (Behörden- und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben) liegen könnten. Die hiesige Sicherheitslage lässt sich thematisch in die folgenden beiden Komplexe gliedern: in die „normale“ Kriminalität, inklusive der organisierten Kriminalität, der Spionage und der Internetkriminalität, und den – insbesondere islamistisch geprägten – Terrorismus.

Polizeiliche Kriminalstatistik

Die „Polizeiliche Kriminalstatistik“ (PKS) erfasst, vereinfacht gesagt, nur die der Polizei bekannt gewordenen und durch sie bearbeiteten Straftaten. Das bedeutet, dass es eine Dunkelziffer gibt, die keinen Eingang in die PKS findet. Für das Jahr 2008 wurden rund 6,1 Mio. Straftaten registriert. Das entspricht im Vergleich zum Vorjahr einem Rückgang um 2,7 %. Die Aufklärungsquote lag wie in 2007 auch in 2008 bei rund 55 %. Die Straftaten wurden zu 75 % von Männern durchgeführt. 79 % aller Straftäter sind Deutsche und ca. 20 % nicht-deutsche. Das heißt, dass der Anteil der nicht-deutschen Täter im Verhältnis zum Bevölkerungsanteil deutlich höher ist. Häufigste Straftat ist mit rund 2,4 Mio. Fällen jährlich der Diebstahl (u.a. Laden- sowie Fahrraddiebstahl). Am zweithäufigsten ist die Straßenkriminalität mit 1,5 Mio. Delikten. Neben der Gesamtübersicht über die Häufigkeit der kriminellen Vorkommnisse sind auch die im Vergleich zum Vorjahr festzustellenden Verschiebungen von Bedeutung. So haben 2008 der Betrug mittels rechtswidrig erlangter Daten von Zahlungskarten um 105 %, das Ausspähen und Abfangen von Da-

ten im Bereich der Computerkriminalität um 60 % und Straftaten nach dem Arzneimittelgesetz um 41 % zugenommen. Durch diese Zahlen werden auch die zukünftigen „Wachstumsmärkte“ der Kriminalität deutlich. Die Häufigkeit krimineller Handlungen nimmt bei wachsender Bevölkerungsdichte zu. Im Vergleich zu den deutschen Flächenländern haben die Stadtstaaten Berlin und Hamburg eine höhere Kriminalitätsbelastung. In Berlin lag die Zahl der Straftaten bei 14.131 Delikten pro 100.000 Einwohner, in Baden-Württemberg bei lediglich 5.505.

Kriminalitätsformen

Organisierte Kriminalität

Im Jahr 2008 wurden laut „Bundeslagebild Organisierte Kriminalität des Bundeskriminalamts“ 575 Verfahren durchgeführt. Rund 42 % aller Täter sind deutsche Staatsangehörige, während 58 % nichtdeutsch sind. Die Schadenshöhe wird auf rund 690 Mio. Euro geschätzt. 38 % aller Straftaten fallen in den Bereich Rauschgifthandel und -schmuggel.

Internetkriminalität

Herkömmliche Straftaten, wie organisierter Betrug oder Datendiebstahl, werden zunehmend im Internet durchgeführt. Die Täter gehen immer raffinierter vor und bedienen sich modernster Technik, was die Polizei vor immer schwierigere Aufgaben hinsichtlich der rechtlichen Rahmenbedingungen und ihrer Ausrüstung stellt. Anlässlich einer Konferenz des Fraunhofer Instituts im Dezember 2008 gab Jörg Ziercke, Präsident des Bundeskriminalamts, bekannt, dass das BKA im Bereich der Internetkriminalität an seine Grenzen stoße. Schwerpunkte seien zahlreiche Bereiche wie die Computersabotage, das Phishing von Daten beim Online-Banking, die Wirtschafts- und Finanzspionage, die Kinderpornographie, der Extremismus und Terrorismus. Im Verfassungsschutzbericht 2008 heißt es zum Gebrauch des Internets im Zusammenhang mit dem Terrorismus: „Das Internet ist das wichtigste Kommunikations- und Propagandamedium für Islamisten und islamistische Terroristen.“

Terrorismus und Islamismus

Laut Verfassungsschutzbericht 2008 ist die Anzahl der den Behörden bekannten Rechtsextremen von 39.000 in 2005 auf 30.000 in 2008 zurückgegangen, während die Anzahl der Linksextremen relativ konstant bei rund 31.200 Personen blieb. Im Bereich des Islamismus sieht es hingegen anders aus.

Einen klaren Zuwachs gibt es im Bereich Bekanntheit zur Religiosität. Im Jahr 2005 bezeichneten sich ca. 8 % von den 3 Mio. in Deutschland lebenden Muslimen als religiös. Im Jahr 2007 waren es bereits 28 %. In Deutschland ist die Zahl der Mitglieder in isla-

mistischen Organisationen von 32.150 im Jahr 2006 auf 33.170 im Jahr 2007 und in 2008 auf 34.720 angestiegen. Es ist bereits seit 1997 bekannt, dass die islamischen Extremisten das Grundgesetz benutzen, „...nicht um eine Integration voranzutreiben, sondern ... islamischer zu werden.“ (Landesamt für Verfassungsschutz, Berlin 1997, S. 23). Im Verfassungsschutzbericht 2008 heißt es zudem: „Auch von islamistischen Organisationen, die in Deutschland nicht terroristisch agieren, geht eine nicht zu unterschätzende Gefahr für die innere Sicherheit aus. Diese Organisationen zielen grundsätzlich darauf ab, die in ihren Herkunftsländern bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnungen durch ein strikt an der islamischen Rechtsordnung (Scharia) ausgerichtetes Staatswesen zu ersetzen.“ Eine große Herausforderung für die Sicherheitsbehörden ist der sogenannte „Home grown“ Terrorist. Darunter ist eine in Deutschland geborene und aufgewachsene Person zu verstehen, die häufig der zweiten oder dritten Generation von Einwanderfamilien entstammt und einen Radikalisierungsprozess durchlaufen hat. Problematisch für die Sicherheitsbehörden ist dabei u.a., dass keine Art „Standardweg“ der Radikalisierung erkennbar ist.

Terrorismus in Deutschland?

In Deutschland wurden nach Angaben des BKA bereits 187 Ermittlungsverfahren (2007) mit islamistisch-terroristischem Hintergrund durchgeführt. Die jüngsten Audio- bzw. Videobotschaften verdeutlichen, dass Deutschland immer stärker im Zielspektrum islamistischer Terroristen liegt. Der Terror hat sich im Vergleich zum Terrorismus der RAF oder der Roten Brigaden verändert. Beim Terrorismus der RAF ging es um die Bekämpfung des Staates. Als „lohnend“ galten die Spitzen des Staates und der Wirtschaft (wie z.B. Dr. Alfred Herrhausen, Vorstandssprecher der Deutschen Bank). Es ging immer um einzelne Ziele bzw. Personen. Beim islamistischen Terrorismus ist dies anders. Er soll nicht mehr einige wenige, sondern viele treffen. Die Vertreter des islamistischen Terrorismus wollen durch Angst und Schrecken die „dekadente westliche Lebensweise und das kulturelle Leben“ verändern und die Schlagkraft des Islams offenbaren. Als Beispiel für diese Ziele stehen die Anschläge vom 11. September 2001 in New York mit 3.015 Toten und in Madrid vom 11. März 2004 mit 191 Toten. Auch in Deutschland zeigte sich in den vergangenen Jahren die Gefahr islamistischen Terrors konkret: Beispielsweise im Jahr 2006, als zwei Regionalzüge in die Luft gesprengt werden sollten, oder am 5. September 2007, nachdem drei Personen der Islamischen Jihad Union mit 730 Kilogramm Wasserstoffperoxydölösung festgenommen wurden. Die Gruppe soll Sprengstoffanschläge vor allem auf US-amerikanische Ziele in Deutschland geplant haben. Die deutschen Behörden waren von der National Security Agency (NSA) über einen Internetverkehr zwischen Afghanistan/Pakistan und Deutschland informiert wor-



Arne Schönbohm studierte internationales Management in Dortmund, London und Taiwan und war anschließend für 13 Jahre bei der EADS in verschiedensten Aufgaben in der Division „Defence and Security“ tätig. Seit Dezember 2008 ist er Vorstand der BSS BuCET Shared Services AG, einer Dienstleistungsgesellschaft die unter anderem Projektmanagement, Ausschreibungsunterstützung und -durchführung sowie Technologie-management/-beobachtung für staatliche Stellen und Firmen anbietet (www.bssag.com).

den. Dieser Hinweis ermöglichte die Überwachung. Das Bundesamt für Verfassungsschutz ermittelte die Adressaten und überwachte ein Jahr lang die drei Terrorverdächtigen mit Hilfe der Bundespolizei und der GSG 9. Als die Terroristen in eine Verkehrskontrolle gerieten und die kontrollierenden Polizisten bei der Kennzeichenüberprüfung feststellten, dass die überprüften Personen auf einer Liste des BKA standen und „dem BKA gut bekannt“ waren, musste der Zugriff sehr kurzfristig erfolgen. Leider konnte dadurch das weitere Umfeld der Attentäter nur bedingt ermittelt und verurteilt werden. Trotz des großen Erfolges bleibt kritisch festzuhalten, dass die Grundlage für die Ermittlungen der Hinweis der NSA war und darüber hinaus der Einsatz von bis zu 500 Polizisten an den Rand der Ressourcenüberdehnung geführt hatte. Des Weiteren gab es Schwierigkeiten, die die Ermittlungen zum Teil erheblich beeinträchtigten: So musste beispielsweise die akustische Überwachung auf Grund der Gesetzeslage eingestellt werden, sobald ein Verdächtiger betete. Ob er sich möglicherweise parallel über einen Anschlag unterhielt, konnte nicht evaluiert werden. Auch die Auswertung der Aufnahmen war problematisch, weil verschiedene technische Verschlüsselungssysteme genutzt wurden und unterschiedliche Freigabevorschriften zu beachten und einzuhalten waren. An diesen Beispielen wird deutlich, dass es einen Optimierungsbedarf im Bereich der Sicherheit innerhalb Deutschlands gibt – sowohl innerhalb der BOS als auch in der Zusammenarbeit mit privaten Sicherheitsdienstleistern.

Private Sicherheitsdienstleister

Derzeit sind 263.840 Beamte bei den Polizeien im Einsatz. Gleichzeitig sind darüber hinaus mehr als 177.000 Menschen „ergänzend“ im Sicherheitsbereich tätig, die bei 3.500 Firmen beschäftigt sind. In diesem Wirtschaftszweig, der den Schutz von Kernkraftwerken, Flughäfen, militärischem Gelände, Bahnhöfen etc. als Dienstleistung anbietet, werden pro Jahr rund 4,5 Mrd. Euro umgesetzt. 25.000 Sicherheitsdienstleister – also mehr als die Hälfte der Bundespolizei – erbringen heute bereits Aufgaben in der Sicherung kerntechnischer Anlagen, der Bundeswehr oder des Öffentlichen Personennahverkehrs. Nach Angaben des Bundesverbandes Deutscher Wachschutz- und Sicherheitsunternehmen e.V. werden aktuell rund 3.000 Personen in dem 2002 geschaffenen Beruf „Fachkraft für Schutz und Sicherheit“ ausgebildet.

In der 188. Sitzung der Innenminister im Juni 2009 wurde demnach auch bestätigt, dass die privaten Sicherheitsfirmen ein wesentlicher Bestandteil der Sicherheitsarchitektur in Deutschland seien. Die Zusammenarbeit zwischen der Polizei und den privaten Sicherheitsdiensten erscheint eng und vertrauensvoll. So leiten beispielsweise die privaten Sicherheitsunternehmen, wie in einer am 28. Juli zwischen der Polizei Stralsund und dem BDWS (Bundesverband Deutscher Wach- und Sicherheitsunternehmen e. V.) unterschriebenen Vereinbarung festgehalten wurde, frühzeitig Informationen über etwaige Vorkommnisse an die Polizei weiter. Ob und wie ein Informationsaustausch stattfindet, hängt von der Kooperationsfähigkeit und -willigkeit der handel-

den Personen vor Ort ab. Es stellen sich generell Fragen wie etwa, ob Polizisten Verkehrskontrollen durchführen müssen oder private Firmen dies nicht übernehmen könnten. Der Staat würde dann solche Aktionen nur noch überwachen.

Ein Systemverbund?

Im Falle eines Anschlages bedarf es eines effizienten, koordinierten Einsatzes der Rettungskräfte. Für die schnelle Hilfe ist zum einen das Führungssystem der Leitstellen wesentlich, zum anderen spielt die Kommunikation der Sicherheits- und Rettungskräfte sowohl untereinander als auch mit anderen Hilfskräften eine wichtige Rolle. Die Führung der Einsatzkräfte erfolgte in der Vergangenheit meist über die Leitstellen. Die Leitstellen bestanden aus einer Telefonanlage, einem Disponenten und dem notwendigen Kartenmaterial. Polizei, Feuerwehr und sonstige Rettungskräfte hatten in der Regel jeweils eigene bzw. separate Leitstellen, die unabhängig voneinander gearbeitet haben. Dies ändert sich gerade. Die einzelnen Leitstellen der Polizei, der Feuerwehr und der Rettungskräfte werden zunehmend zu sogenannten „bunten“ Leitstellen zusammengefasst. Der frühere lokale Zuständigkeitsbereich wird nach und nach auf die Region ausgeweitet. Dieses Vorgehen hat eine deutliche Effizienzsteigerung zur Folge. Voraussetzung dafür sind jedoch erhebliche technische Anpassungen und eine veränderte Führungsphilosophie. In diesen Führungssystemen benötigt man auch geographische Informationssysteme, Fahrzeug- und Personen-Ortungssysteme und eine CCTV-Integration (Kameraüberwachung). Durch die wachsenden technischen Anforderungen steigen zwar zunächst die Investitionskosten, aufgrund der gesunkenen Anzahl der Leitstellen sinken jedoch die Betriebskosten. Gleichzeitig werden die operativen Kräfte mithilfe von Personen-, Fahrzeugortungs- und geographischen Informationssystemen effizienter und sicherer geführt.

Denkbar für die Zukunft ist nach meiner Einschätzung eine flexible Zusammenschaltung der Leitstellen bzw. Führungssysteme der BOS mit den „Hotspots“ der inneren Sicherheit, beispielsweise den Kernkraftwerken, Chemieanlagen, Flughäfen usw. Voraussetzung für derartig effiziente Führungssysteme sind jedoch flexible technische Lösungen zur Sprachvermittlung und Datenübertragung.

Bundeswehr und BOS im Katastrophenfall

Während der Oderflut 1997 waren rund 30.000 Soldaten der Bundeswehr im Einsatz. Bei der Elbe flut 2002 war die Situation ähnlich. Auch hier haben die Streitkräfte geholfen, beispielsweise mit dem Ausfliegen von Intensivpatienten bei den Krankenhausräumungen in Dresden. Eine ähnliche Situation gab es auch beim Hochwasser im Juni 2006, wenn auch in geringerem Umfang. Trotz dieser offensichtlichen Unterstützungsleistungen laufen Beschaffungen zwischen den Polizeien, Rettungskräften und der Bundeswehr unterschiedlich ab. So kaufte die Bundeswehr für Ihre Peace Keeping Operations- in Afghanistan oder im Kosovo das digitale Funksystem Tetrapol der EADS. Nach Aussage des Verteidigungsministeriums befinden sich die Einsatz-

kräfte dort offiziell nicht im Krieg. Die Sicherheitsmaßnahmen seien eher mit polizeilichen Aufgaben vergleichbar, die in extrem angespannten Sicherheitslagen durchgeführt werden. Es gibt erhebliche Schnittstellen zu den Aufgaben und Tätigkeiten der BOS, was auch an den gemeinsamen Einsätzen vor Ort deutlich wird. Die BOS hatten sich aber in 2006 für die Technologie Tetra der EADS entschieden. Tetrapol und Tetra sind jedoch, auch wenn sie von dem gleichen Hersteller kommen, nicht ohne Weiteres kompatibel. Um solche Fälle in Zukunft zu vermeiden, ist eine intensivere Abstimmung bei Beschaffungen nötig. Dafür wären Studien notwendig, um die verfügbaren Technologien zu einer optimierten Lösung zusammenzuführen.

Wie sieht es mit der technischen Ausstattung der BOS aus? Das Beispiel Digitalfunk

Die BOS arbeiten im größten Staat der Europäischen Union immer noch mit einem veralteten analogen Funknetz, das im Jahre 1951 die Betriebsgenehmigung erhielt. Dieses analoge System kann von jeder Person mit einfachen technischen Mitteln abgehört werden, was in der gegenwärtigen Bedrohungssituation ein hohes Sicherheitsrisiko darstellt. Im Gegensatz zur analogen Funktechnik ist der Digitalfunk verschlüsselt. Aufgrund dieses Vorteils wurde bereits 1996 die Ausschreibung für den Aufbau und den Betrieb eines digitalen Funknetzes von Bund und Ländern vorbereitet. Im Jahr 2006 erhielt ein Konsortium, unter Führung der EADS, den Zuschlag für den Aufbau der Infrastruktur. Die Ausschreibungen für die Endgeräte laufen zurzeit. Erste Netzabschnitte des bundesweiten BOS-Digitalfunknetzes sind gegenwärtig beispielsweise in Berlin, Stuttgart und Hamburg „on air“. Ursprünglich war geplant, dass die Infrastruktur bis zum Jahr 2010 aufgebaut werden sollte. Mittlerweile heißt es, dass es bis 2012 dauern wird, inoffiziell sogar bis 2014.

Führt man sich diesen Zeitraum vor Augen, dann wird die quälende Langsamkeit des Projektes deutlich. Doch wer hätte 1996 schon die rasanten technischen Entwicklungen vorhersehen können? Die Art der heutigen Datenübertragungen war 1996 allenfalls in den Forschungszentren der Unternehmen angedacht. Wenn die Entscheidungsfindung und Implementierung weiterhin so lange dauern, laufen die BOS Gefahr, ein technisch veraltetes System aufzubauen, das zudem langfristig mit höheren Kosten verbunden ist.

Vor dem Hintergrund der gestiegenen Anforderungen im Bereich der inneren Sicherheit bleibt also festzuhalten, dass die Beschaffungsverfahren verkürzt und standardisiert werden sollten und darüber hinaus eine optimierte Aufgabenteilung zwischen den BOS und privaten Sicherheitsdiensten nötig ist. Denn eines sollte jedem klar sein: Die Terroristen müssen nur ein Mal erfolgreich sein, um Ihre Ziele zu erreichen, die BOS und privaten Sicherheitskräfte dagegen jeden Tag. Daher müssen die Sicherheitsarchitektur und die Zusammenarbeit verbessert und die Verfahren beschleunigt werden.